

aus leichter und zahlreicher aufgenommen werden konnten. Das alles hat den Gläubigen in der ČSSR Mut und Zuversicht eingeflößt.

Die innenpolitischen Veränderungen im Nachbarland wurden aufmerksam verfolgt, sowohl von den Gläubigen wie auch, und dies nicht ohne eine gewisse Unsicherheit und Angst, innerhalb der Parteiführung. Nach tribuna vom 20. Mai 1981, dem Wochenblatt des ZK der KPTsch für Ideologie und Politik, war an der „langjährigen Vorbereitung“ dieses gewaltlosen konterrevolutionären Umsturzversuches neben den selbstverständlichen „ausländischen antikommunistischen Zentralen“ auch „die katholische Hierarchie“ beteiligt; „rechtsgerichtete Kräfte, einschließlich klerikaler, in sogenannten fliegenden Universitäten, in illegalen klerikalen Gruppen vorbereitet und mit Unterstützung vieler Bischöfe verwirklicht... ein typisches Beispiel des Mißbrauchs der Religion für eine antisozialistische Politik“, wie die Preßburger Atheismus-Monatschrift (Ateismus 1/1981, S. 88) zu berichten weiß. Und damit bekommt die Entwicklung in Polen für die Prager Parteiführung auch eine *kirchenpolitische Dimension*, die jetzt starke Beachtung findet. Der erwähnte Beitrag in der tribuna spricht offen eine Warnung an die eigenen Genossen aus. Es sind „die eigenen Erfahrun-

gen“, die aufrütteln sollen: „In keiner Situation und in keiner Partei dürfen sie auf die leichte Schulter genommen werden.“ Diese „Erfahrungen“ sind für Prag heute angebliche Versuche und Bemühungen eines „Klerikalismus“, der – für die dortigen Parteiideologen – vom Ausland her gesteuert wird. Für das oben erwähnte Preßburger Parteiblatt Pravda (vom 29. 12. 1980) sind es einerseits „potentielle Möglichkeiten“, diesen „Klerikalismus“ im Lande erstehen zu lassen, und es „ist die Belegung des Klerikalismus in unseren Bedingungen selbstverständlich keine leichte Angelegenheit“. Um „die schmutzigen Ziele vor ehrenhaften Bürgern“ zu verheimlichen, werden – diesem Blatt zufolge – illegale Wege beschritten, und zwar unter der Bezeichnung einer „geheimen Kirche“. Doch zählt dazu konkret alles, was kirchlich-religiöses Leben fördern und stärken könnte. Daher resultieren auch die verschiedenen Versuche, alle Aktivitäten religiösen Inhalts außerhalb der regulären Gottesdienste zu unterbinden. So laufen heute im Kampf der KPTsch gegen Religion, Glaube und Kirche alte und doch wieder neue ideologische Zielsetzungen wie auch hochbrisante politische Erinnerungen und kirchenpolitische Befürchtungen zusammen und geben immer neue Impulse zu antireligiösen und antikirchlichen Aktionen.

Jozef Nechlubyl

Wege aus der Resignation?

Zur politischen und kirchlichen Situation in Österreich

Das allgemeine Stimmungstief, das Anzeichen einer Demokratie-Verdrossenheit an sich hat und das schon seit geraumer Zeit in zahlreichen westeuropäischen Ländern zu beobachten ist, greift auch in Österreich immer weiter um sich. Dabei sind in der Alpenrepublik die wirtschaftlichen Daten nicht durchgehend so schlecht, daß ein pauschaler Pessimismus von daher berechtigt wäre. Die Arbeitslosenrate in Österreich hat die Zwei-Prozent-Marke noch immer nicht überschritten und liegt somit im internationalen Vergleich außergewöhnlich tief, auch die Inflation konnte bisher in Grenzen gehalten werden. Die Staatsverschuldung hat hingegen schon astronomische Höhen erreicht, und die Regierung weiß nicht, welche neuen, zum Teil abstrusen Steuerquellen sie erschließen soll, um die Budgetlöcher im Bundeshaushalt zu stopfen und die Abgänge in der Pensionsversicherung zu decken.

Dazu kommt noch der Umstand, daß sich die Kette beispielloser Milliarden-Pleiten, auch verstaatlichter Unternehmungen, ebenso fortsetzt wie die Schmiergeld-Affären und Korruptionsskandale, die mit den nach wie vor undurchsichtigen Vorgängen um den gigantischen Neubau des Allgemeinen Krankenhauses (AKH) in Wien einen kaum mehr überbietbaren Höhepunkt gefunden haben. Selbst eine parlamentarische Untersuchungskommission konnte die letzten Hintergründe dieses Skandals, der die Steuerzahler viele Millionen kostete, nicht aufhellen.

Für jedermann erkennbar ist jedoch die unglaubliche Leichtfertigkeit, mit der mit öffentlichen Geldern umgegangen wurde und wird, und diese Einsicht führt in Österreich zu einer gefährlichen Abwertung der Politik in der Demokratie und auch der Politiker (vgl. HK, November 1980, S. 550–553).

Als eine Art von „Sündenbock“ mußte in diesem Zusammenhang der langjährige Vizekanzler und Finanzminister *Hannes Androsch*, mit dem Bundeskanzler Bruno Kreisky schon seit langem nicht mehr zusammenzuarbeiten vermochte, aus seinen Regierungämtern ausscheiden, obwohl ihm eine direkte Beteiligung an den Skandalen nicht nachgewiesen werden konnte. Immerhin waren aber in den Zentren diverser Skandale Vertrauensleute von Androsch tätig, der überdies in seinem aufwendigen Lebensstil alles andere als sozialistische Bescheidenheit zeigte. Androsch, der sich gegen seine Ausbootung durch Kanzler Kreisky monatelang mit beachtlicher Standfestigkeit gewehrt hatte und damit scharfe Auseinandersetzungen in den Reihen der Sozialistischen Partei (SPÖ) auslöste, wurde kurz nach seinem Ausscheiden aus der Regierung von seiner Partei in die Position des Generaldirektors der größten und wichtigsten österreichischen Bank, der verstaatlichten Creditanstalt, gehievt – eine Rochade, die die Glaubwürdigkeit der Politik nicht gerade erhöhte. Eine direkte Folge dieser Vorgänge ist eine immer noch

anwachsende Stimmung der *Resignation*, die schon zahlreiche Lebensbereiche erfaßt hat und die auch von der Entwicklung auf internationaler Ebene – Kriegsgefahr, Wetrüsten, Hunger in der Welt etc. – mit beeinflusst sein dürfte. Eine Umfrage bei Schülern höherer Schulen in Oberösterreich ergab im April 1981, daß zwei Drittel der Befragten nicht mehr glauben, daß es der Menschheit in Zukunft besser gehen wird: „Das Leben wird in Zukunft immer schwerer.“ Für Politik interessiert sich nur ein Drittel der Befragten.

SPÖ: Schwierigkeiten trotz Kreisky

Innenpolitisch ist von diesem *Vertrauensschwund*, der vor allem bei den Jungen deutlich spürbar ist, naturgemäß in erster Linie die Sozialistische Partei betroffen, die nun schon seit mehr als 11 Jahren die volle Regierungsverantwortung in Österreich trägt. Nach jüngsten Meinungsumfragen könnte die SPÖ ohne das Zugpferd Kreisky bei Wahlen nur noch mit 44% der Stimmen rechnen, und selbst in der sozialistischen Hochburg Wien wollen nicht mehr ganz 50% der Bürger die SPÖ wählen, deren Wiener Landesparteiorganisation – traditionellerweise das Rückgrat der sozialistischen Bewegung in Österreich – besonders arg angeschlagen ist. Dazu kommt noch der zunehmende Gegensatz zwischen den Jungen in der SPÖ und der Partei selbst, der sich während des letzten SPÖ-Parteitages in Graz in scharfen Auseinandersetzungen zwischen alt und jung niedergeschlagen hat. Im Mittelpunkt der Meinungsverschiedenheiten standen nicht ideologische Probleme, sondern die Forderung der jungen Sozialisten, die älteren Genossen mögen die Moral in der Politik ernster nehmen. Die damit verbundene Kritik an den diversen Skandalen und an Politikern wie Hannes Androsch erbitterten das Plenum des Parteitages derart, daß der Vorsitzende der Jungen Generation der SPÖ bei der Wahl in den Parteivorstand von fast 50 Prozent der Delegierten gestrichen wurde und nur um ein Haar einer Abwahl entging.

Neben diesem Generationskonflikt wird die sozialistische Regierungspartei auch durch zunehmende Meinungsverschiedenheiten in der Regierungsmannschaft verunsichert, die über weite Strecken keinen einheitlichen Kurs mehr steuert. Der neue Finanzminister *Herbert Salcher* taktiert recht unsicher und mußte schon mehrmals mit seinen Finanz- und Steuerplänen zurückstecken. Offenbar fehlt Salcher, der Landesparteiobmann der SPÖ in Tirol war und der einzige praktizierende Katholik in der Regierung ist, die Rückendeckung durch den mächtigen Gewerkschaftsbund, der Androsch bis zu seinem Fall unterstützte.

Trotz all dieser Schwierigkeiten, die oft ausweglos erscheinen, verstand es Bundeskanzler Kreisky bisher, die unangenehmen Fragen unter den Teppich zu kehren. Der 70jährige Kanzler, der schon seine dritte Augenoperation hinter sich hat und der auf einem Auge die Sehkraft be-

trächtlich eingebüßt hat, präsentierte sich dem jüngsten sozialistischen Parteitag trotz dieser Behinderung in erstaunlicher körperlicher und geistiger Frische und ließ durchblicken, daß er im Fall entsprechend nachhaltig vorgebrachter Bitten auch 1983 bereit wäre, noch einmal als Spitzenkandidat seiner Partei in die Parlamentswahl zu gehen und für das Amt des Bundeskanzlers zu kandidieren. Mit Hilfe dieser Taktik gelang es Kreisky, die anstehenden, weithin ungelösten Sachfragen durch Personaldebatten in der Öffentlichkeit zu verdecken, die er durch die partei-interne Aufwertung des gegenwärtigen Vizekanzlers *Sinowatz* und des bisherigen Zentralsekretärs *Blecha* noch zusätzlich anheizte. Der Eindruck herrscht vor, daß Kreisky die erst 1983 fälligen Nationalratswahlen um mindestens ein Jahr vorverlegen möchte, um mit Hilfe seiner Popularität noch einmal die absolute Mehrheit der SPÖ zu sichern, die ohne das Charisma des jetzigen Parteiobmannes mit Sicherheit verloren wäre.

Bruno Kreisky sorgt aber auch für den Fall vor, daß der SPÖ bei der nächsten Wahl die absolute Mehrheit verlorengelange: Mit großer Instinktsicherheit versteht es der Kanzler, den erst im Vorjahr neugewählten Bundesparteiobmann der kleinen Freiheitlichen Partei (FPÖ), *Norbert Steger*, zu hätscheln, den die SPÖ sogar zum Obmann des parlamentarischen Untersuchungsausschusses über die Vorgänge beim Allgemeinen Krankenhaus (AKH) in Wien bestellte. Steger erwies sich für diese Aufwertung erkenntlich: Er bescheinigte dem früheren Finanzminister Androsch, daß er mit dem AKH-Skandal nichts zu tun habe, und warf die Stimme der FPÖ in die Waagschale, um die Wahl von Hannes Androsch zum Generaldirektor der Creditanstalt zu ermöglichen. Nach dem gegenwärtigen Stand der Dinge scheint Norbert Steger durchaus bereit zu sein, der SPÖ einen noch größeren Gefallen zu tun, wenn die absolute Mehrheit der Sozialisten verlorengehen sollte: In diesem Fall ist eine rot-blaue Koalition in Österreich nach bundesdeutschem Muster durchaus möglich.

Widerstand gegen diese Entwicklung regt sich innerhalb der Freiheitlichen Partei vor allem in der Steiermark, wo der Grazer Bürgermeister *Alexander Götz* als entschiedener Gegner der Steger-Politik bekannt ist. Götz, der sich im Grazer Rathaus nur durch eine Koalition mit der Österreichischen Volkspartei (ÖVP) behaupten kann, war kurze Zeit freiheitlicher Bundesparteiobmann und damit Vorgänger von Norbert Steger, bis er unter dem Trommelfeuer der sozialistischen Propaganda und auf Grund der Intrigen aus den eigenen Reihen zur Aufgabe gezwungen wurde.

ÖVP: Öffnungsversuche

Der ÖVP ist es in den vergangenen Monaten trotz all der Fehlentwicklungen und Skandale, die vor allem der sozialistischen Regierung anzulasten sind, nicht gelungen, ihre Minderheitsituation nennenswert auszubauen. ÖVP-Bundesparteiobmann *Alois Mock* konnte wohl manchen

Achtungserfolg auf Grund der Integrität seiner Person verbuchen, aber es gelang ihm nicht, einen wesentlichen Erfolg für seine Partei zu erreichen. Als Hoffnung der Partei gelten weiterhin *Erhard Busek*, Parteiobmann der Wiener ÖVP und Vizebürgermeister von Wien, und *Josef Krainer*, Sohn des legendären ehemaligen steirischen Landeshauptmannes Josef Krainer, der im Juni des Vorjahres in der Steiermark zum Landeshauptmann gewählt wurde: Ein einmaliger Vorgang in Österreich, daß ein Sohn seinem Vater nach einigen Jahren in eine Funktion der Spitzenpolitik nachfolgt. Sowohl Busek als auch Krainer kommen aus Kerngruppen der katholischen Bewegung, beide versuchen nunmehr in der Politik mit beachtlichem Erfolg einen Kurs der Öffnung gegenüber den verschiedenartigsten Strömungen. Insbesondere haben Busek und Krainer gemeinsam, daß sie sich systematisch um Wissenschaftler und Künstler kümmern, daß sie Literaten einladen, Lesungen und Konzerte besuchen, Maler mit Aufträgen bedenken. Damit nehmen sie einen Bereich wahr, den die Volkspartei auf Bundesebene seit 1945 meist allzu stiefmütterlich behandelt hatte. Darüber hinaus sprechen die Landesorganisationen der Volkspartei in Wien und in der Steiermark die Liberalen, sozialistischen Randschichten, „Grüne“, alternative Gruppen, Bürgerinitiativen aller Art gezielt an – ein Unterfangen, das die Volkspartei in anderen Regionen noch nicht in dieser Systematik versuchte. Bemerkenswert ist außerdem, daß gerade diese beiden ÖVP-Politiker die grundsätzliche und faktische *Überparteilichkeit der Kirche* in Österreich ohne Augenzwinkern und in aller Öffentlichkeit anerkennen.

In anderen Bereichen der Volkspartei haben sich führende Funktionäre der ÖVP noch immer nicht mit dem überparteilichen Kurs der Kirche in Österreich und mit den einschlägigen Aussagen des Konzils zu diesem Thema abgefunden, was da und dort zu unterschwelliger Stimmungsmache gegen die Kirche führt, der insgeheim vorgeworfen wird, sie sei im Grunde genommen schuld an der jüngsten politischen Entwicklung. Politiker wie Busek und Krainer werten diese Gegebenheiten nicht als Zwangslage, die eben nicht zu ändern ist, sondern als Chance: Sie sprechen weit über die katholischen Kerngruppen der Partei hinaus möglichst viele andere Schichten der Bevölkerung an und zielen auf einen neuen, moderneren Typ der Volkspartei ab.

Kirche: mehr Beobachterin als Mitwirkende

Die Kirche in Österreich steht allen diesen Entwicklungen und Tendenzen eher als aufmerksame *Beobachterin* gegenüber, sie tritt kaum direkt als „*Mitwirkende*“ auf. Selbst zu den spektakulären Korruptionsskandalen, die wichtige sittliche Fragen im Zusammenleben der Menschen betreffen und an das Mark der Demokratie rühren, nahm die Kirche erst nach Monaten Stellung, als die Frühjahrs-Bischofskonferenz eine Erklärung veröffent-

lichte. In gewissem Sinn ist die Kirche in Österreich – gerade im Unterschied zur Kirche in der Bundesrepublik – eine „schweigende Kirche“ geworden: Erklärungen zu aktuellen politischen Ereignissen, mögen sie auch grundsätzlicher Natur sein, werden nur in Ausnahmefällen abgegeben, direkte Einmischungen der Bischöfe oder ihrer Organe in politische Entscheidungen gibt es faktisch nicht. So sind schon seit den fünfziger Jahren keine Hirtenbriefe mehr vor Wahlen erschienen, und nur so gravierende Geschehnisse wie die Fristenlösung oder der inzwischen wieder aufgegebene Plan der Regierung, das Religionsbekenntnis aus den Personenstandsmeldungen herauszunehmen, vermochten die Bischöfe aus ihrer Reserve zu locken. In einem Land wie Österreich, in dem das Trauma des blutigen Bürgerkrieges zwischen Katholiken und Sozialisten noch immer latent vorhanden ist, hat diese bewußte Zurückhaltung zu einer beachtlichen inneren Entkrampfung und zu einer relativ hohen Glaubwürdigkeit der überparteilichen Position der Kirche geführt. Andererseits wird die Kirche auf die Dauer nicht darum herumkommen, ihre Meinung zu prinzipiellen Themen – Ehe, Erziehung, Krieg und Frieden usw. – in aller Offenheit und Öffentlichkeit deutlicher zu sagen.

Die *tiefgreifenden personellen Veränderungen* im österreichischen Episkopat, die in allernächster Zeit bevorstehen, könnten im Zusammenhang mit diesen inhaltlichen Problemen zu gewissen Nuancierungen in der Zukunft führen. Allein seit der Mitte des vergangenen Jahres haben der Erzbischof von Wien, Kardinal *Franz König* sowie die Diözesanbischöfe *Zauner* (Linz), *Rusch* (Innsbruck) und *Köstner* (Klagenfurt) wegen Erreichens des 75. Lebensjahres beim Papst um ihren Rücktritt angesucht. Während Johannes Paul II. das Gesuch des angesehenen Kardinals von Wien nicht annahm und diesen aufforderte, weiterhin in seinem Amt zu verbleiben, stand damit die Neubesetzung von drei österreichischen Diözesen auf der Tagesordnung. In Innsbruck ist die Wachablösung mit der Ernennung von *Reinhold Stecher* (60) zum neuen Bischof bereits vollzogen, wobei die Bestellung des als aufgeschlossenen geltenden langjährigen Professors für Religionspädagogik an der Pädagogischen Akademie des Bundes in Innsbruck allgemein begrüßt wird. In Linz nahm der Papst das Rücktrittsgesuch des Diözesanbischofs an, doch erfolgte in den vielen Monaten seither keine Bestellung eines Nachfolgers, so daß in der Diözese schon einige Unruhe herrscht. In der Diözese Klagenfurt-Gurk, die sich mit den heiklen Problemen der slowenischen Minderheit in Kärnten herumzuschlagen hat, dürfte die Ernennung des neuen Bischofs in nächster Zeit erfolgen.

Hand in Hand mit diesen personellen Weichenstellungen sind in nächster Zeit auch einige Sachentscheidungen hinsichtlich der künftigen Aktivität der Kirche in Österreich zu treffen. Im Vordergrund steht dabei die Vorbereitung des Österreichischen Katholikentages 1983, dessen Generalthema das Motto der Hoffnung sein soll (vgl. ds. Heft, S. 360). Gerade die Umfrageergebnisse, die den Untersuchungen des in Passau lehrenden Theologieprofessors

Paul M. Zulehner über die Religion im Leben der Österreicher zu danken sind, ergeben bei allen hoffnungsvollen Ansätzen so viele Defizite im Glaubenswissen und im

Glaubensleben, daß eine Konzentrierung dieses Katholikentages auf die pastoralen Notwendigkeiten in Österreich vordringlich erscheint. *Fritz Csoklich*

Interview

„Man hat nicht genügend Glauben an den Geist, der die Kirche leitet“

Ein Gespräch mit dem früheren Erzbischof von Turin, Kardinal Michele Pellegrino

Die in Bologna erscheinende Informationszeitschrift „il regno“ brachte in ihrer Ausgabe vom 15. April dieses Jahres ein Gespräch, das Francesco Strazzari mit dem früheren Erzbischof von Turin, Kardinal Michele Pellegrino, führte. Darin äußert der 78jährige Kardinal, der 1977, ein Jahr vor Erreichung des üblichen Rücktrittsalters, auf die Leitung seiner Diözese verzichtete, auffallend freimütig seine Sorge über bestimmte Entwicklungen in der Kirche. Wir bringen den Wortlaut des Interviews, das in den letzten Monaten weit über Italien hinaus einiges Aufsehen erregt hat, mit freundlicher Genehmigung von „il regno“ unseren Lesern in eigener Übersetzung zur Kenntnis.

Regno: Warum spricht man heute so viel von Paul VI.? Wie erklären Sie sich diese Rückwendung?

Pellegrino: Ich würde nicht von Rückwendung sprechen. Mir scheint, daß man Paul VI. niemals vergessen hat. Vielleicht hatten viele in den letzten Jahren seines Pontifikats den Eindruck, daß ihm das Alter zugesetzt und bei ihm die Tendenz zu manchmal verbitterten Überlegungen verstärkt hatte. Ich meine, wenn man von Rückwendung sprechen kann, dann ist eine der Ursachen davon die Kenntnis seines Testaments und der starke Eindruck, den sein Begräbnis hinterlassen hat. Ich werde nie die Eindrücke vergessen, die ich in den vom kanonischen Gesetz vorgeschriebenen vorbereitenden Zusammenkünften für das Konklave hatte. Damals wurde für uns Kardinäle zum erstenmal sein Testament verlesen, auch um zu erfahren, ob man es veröffentlichen sollte. Es hinterließ einen gewaltigen Eindruck. Wir konnten einen Blick in die Tiefen seines Geistes tun. Und dann die Aufrichtigkeit Pauls VI. Ich glaube, daß sie von niemand jemals in Zweifel gezogen wurde, auch wenn sie oft von einer Vorsicht begleitet war, die einige für übertrieben hielten. Das Testament hat die Seele und die innere Größe dieses Mannes enthüllt. Meiner Meinung nach haben seine Aussagen in vielerlei Hinsicht auch für unsere Tage ihren Wert. Ich habe neulich seine Ansprache an die italienischen Bischöfe gelesen,

die er wohl im Dezember 1965 am Ende des Konzils gehalten hat. Das ist ein gewaltiger Text! Ich habe in einem Buch, das sich gerade im Druck befindet, einiges davon aufgenommen. Wenn wir Bischöfe über dieses Dokument nachdächten, könnten wir vieles lernen.

Regno: Seit der Zeit von Papst Johannes (des frühlinghaften Aufbruchs) und Pauls VI. (der großen Entscheidungen des Konzils) hat sich das Klima in der Kirche geändert. Es ist eine seltsame Mischung aus missionarischem Elan und Rückzug. Wohin geht diese Kirche?

Pellegrino: Ich kann nur von Eindrücken sprechen. Einige Tatsachen, die auf die letzten Jahre Pauls VI. zurückgehen, aber nicht seinem Willen entsprechen, lassen uns an eine Bewegung des Rückschritts denken. Es gibt einige Schritte nach rückwärts, beispielsweise in der Anwendung der liturgischen Reform, gerade in offiziellen Dokumenten.

Regno: Denken Sie an das Dokument Pauls VI. über die Eucharistie?

Pellegrino: Das gab's schon vorher. Es wurde ein Dokument veröffentlicht, ohne uns als Mitglieder der Kongregation für den Gottesdienst zu konsultieren. Ich habe dagegen protestiert. Nehmen Sie zum Beispiel, was in bezug auf die Materie der Eucharistie gesagt wurde, daß das Zeichen klar erkennbar sein muß. Das Brot muß also als Brot erkennbar sein. Und heute kehrt man zu der Vorschrift zurück, daß man eine Hostie verwenden muß, wie man sie beim Drogisten kauft. Das ist schon ein ziemlicher Rückschritt. Ich denke auch an manche Einschränkungen für die Frauen. Wenn man schon eingesehen hat, daß Frauen Ämter übernehmen können, ist nicht einzusehen, warum man ihnen verbietet, sie auch auszuüben. Es kommt natürlich darauf an, daß die Verantwortlichen in den Gemeinden mit Umsicht und Klugheit handeln. Den Rückschritt gibt es sicher. Es ist gut, daß ich aus dem Spiel bin, aber es macht mir dennoch Sorge. Bestimmte Inter-